Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1892

11.3.1892 (No. 71)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 11. März.

№ 71. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
1892.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. März.

In Frankreich ist die künftige Regelung der Kolonialverwaltung Gegenstand lebhafter Erörterung. Wir haben gestern berichtet, daß die Regierung beabsichtigt, das Unterstaatssekretariat für die Kolonien wieder von dem Handelsministerium zu trennen und zu dem früheren Zustande der Dinge zurückzukehren, bei dem der Unterstaatssekretär für die Kolonien zum Marineministerium gehörte. Es wurde aber auch schon gemeldet, daß diese Absicht der Regierung bei vielen Deputirten eine ungünstige Aufnahme findet, weil man befürchtet, daß das System der überseeischen Expeditionen wiederkehren werde. Die Verbindung des Kolonialamtes mit dem Handelsministerium hat sich aber als unpraktisch erwiesen und so würde schließlich nur der Ausweg bleiben, ein besonderes Kolonialministerium zu errichten. Die Aufforderung hierzu wird auch an die Regierung gerichtet werden. Der bekannte Abgeordnete Reinach erklärt, daß er heute in der Kammer den Antrag auf Errichtung eines besonderen Ministeriums der Kolonien einbringen werde. Die Regierung scheint der Kammer in der Angelegenheit freie Hand lassen zu wollen. Es wird berichtet, daß im gestrigen Ministerrath beschlossen worden sei, einem Antrag auf Errichtung eines Kolonialministeriums nicht entgegenzutreten. Darnach würde es völlig in der Hand der Kammer liegen, welche Stellung sie der Kolonialverwaltung geben will.

Das neue Ministerium in **Griechenland** will es zunächst ohne Parlamentsauflösung versuchen. Nach einer Meldung aus Athen beschloß die Regierung, die Kammer nicht aufzulösen, sondern nach dem Wiederzusammentritt der Abgeordneten ein neues, die Ausgaben bedeutend verringerndes Budget vorzulegen. Die Auflösung des Parlaments wäre also erst dann zu erwarten, wenn die Kammer das neue Budget ablehnt. Die letzten Wahrnehmungen sprechen allerdings zu Gunsten dieses Arrangements. Zwar ist der eigene Anhang des neuen Ministerpräsidenten in der Kammer nicht sehr zahlreich, die Regierung sieht sich vielmehr auf die Unterstützung der beiden großen Parteien, der Trikupisten und der Anhänger des gestürzten Ministerpräsidenten Delyannis, angewiesen; aber beide Parteien nehmen zu der neuen Entwicklung der Dinge eine nicht direkt feindliche, sondern abwartende Stellung ein und es ist nicht unbedingt ausgeschlossen, daß wenigstens das Budget eine Mehrheit in der Kammer findet. Auf die Dauer freilich könnte Herr Konstantopulos mit einer Kammer, in der er keine zuverlässige Mehrheit besitzt, nicht auskommen; die Verhältnisse liegen aber bei den Neuwahlen für die Regierung vielleicht günstiger, wenn das Ministerium die von ihm vorgeschlagenen Ersparnisse im Ausgabebudget zum Kernpunkte der Wahlbewegung macht. In jedem Falle würde schon etwas gewonnen sein, wenn die Kammerauflösung zu einem späteren Zeitpunkte vorgenommen werden könnte, in dem der Wellenschlag der Aufregung über den jetzt eingetretenen Kabinetswechsel sich wieder völlig geglättet hat.

Deutschland.

* **Berlin**, 9. März. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin besuchten mit den drei ältesten Prinzen heute Vormittag das Mausoleum in Charlottenburg, um an dem heutigen Todestage des Kaisers Wilhelm dort Kränze niederzulegen. Auch Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich und die anderen Mitglieder der Königlichen Familie, sowie die Generalität erschienen im Laufe des Vormittags im Mausoleum.

— Heute vor vier Jahren verschied Kaiser Wilhelm I. Unvergeßlich hat sich dieser Trauertag dem Gemüth des deutschen Volkes eingeprägt. Nicht nur der Kaiser — auch der Mensch, der es wie Keiner verstand, Würde und Freundlichkeit, Milde und Hoheit zu vereinen, lebt in der Erinnerung Aller fort. Welch' hohes Alter ihm auch beschieden war, für die Liebe und Verehrung des deutschen Volkes ist er noch immer zu früh gestorben und die Wiederkehr seines Todestages erweckt überall im Vaterlande die gleichen Empfindungen der Wehmuth über sein Scheiden und der unbegrenzten Dankbarkeit, die wir dem Gründer des Reiches schulden. Das Mausoleum in Charlottenburg erstrahlte heute Vormittag in reichem Kerzenschimmer. Schon um 9 Uhr traf Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich ein und legte an dem Sarge des Kaisers einen Lorberkranz nieder. Um 9½ Uhr erschien Seine Königliche Hoheit Prinz Friedrich Leopold mit einem Kranze aus weißen Rosen, aus denen zwei Palmenwedel hervorragten. Um 10½ Uhr trafen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin ein. Der Geheimrath Meißner überreichte der Kaiserin am Eingange der Gruft einen aus weißen Rosen und weißem Flieder bestehenden Kranz mit großem Veilchentuff, dessen Atlasschleife die Initialen des Kaisers und der Kaiserin zeigte. Die Majestäten verweilten zehn Minuten lang am Sarge. Um 11¼ Uhr überbrachten Ihre Königl. Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden einen aus Tannenzweigen gewundenen Kranz mit weißer Atlasschleife. Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen erschienen ebenfalls. Die Generaladjutanten, Generale à la suite und Flügeladjutanten, sowie das Grenadier-Regiment „König Wilhelm I." in Liegnitz hatten Palmen und Kränze am Sarge niederlegen lassen.

— Am heutigen Mittwoch vollendet Seine Majestät der Kaiser Alexander III. sein 47. Lebensjahr. Wegen des Todestages des Kaisers Wilhelm I. wird erst morgen eine größere Tafel bei dem Kaiserpaare stattfinden, zu der das Personal der russischen Botschaft geladen ist.

— Die Nachricht der „Kreuzzeitung", daß mit dem Herzog von Cumberland Verhandlungen bezüglich der Thronfolge seines Sohnes in Braunschweig stattgefunden hätten, ist unbegründet. Auch der „Reichsanzeiger" dementirt die Nachricht, von der er sagt, daß sie jeder Begründung entbehre. Dagegen scheint es sich zu bestätigen, daß Verhandlungen in Bezug auf das beschlagnahmte Privatvermögen des früheren Königs von Hannover mit dem Herzog von Cumberland stattgefunden und in den Hauptpunkten bereits zu einer Verständigung geführt haben. Wenigstens wird dies in mehreren Blättern mit Bestimmtheit berichtet und die „Köln. Ztg." kündigt an, daß in dem preußischen Landtage binnen kurzem die Gesetzesvorlage zu erwarten sei, durch welche die Beschlagnahme des Privatvermögens des früheren Königs von Hannover wieder aufgehoben wird.

— Kriegsminister Generallieutenant v. Kaltenborn-Stachau wird nächstens aus Wiesbaden hierher zurückkehren. Der Kriegsminister hat sich etwa vier Wochen in Wiesbaden aufgehalten, um dort die Nachwirkungen einer heftigen Influenzakrankheit zu überwinden, und einen vollständigen Kurerfolg erzielt.

— Aus Washington meldet ein Telegramm, daß der neue deutsche Gesandte, Dr. v. Holleben, gestern dem Präsidenten Harrison sein Beglaubigungsschreiben überreichte und dabei seine Wünsche für die Wohlfahrt und das Gedeihen der Vereinigten Staaten aussprach. Er werde sich bemühen, die seit langer Zeit bestehenden guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu fördern und zu kräftigen. Der Präsident versicherte, daß er sein Bestes hierzu beitragen wolle.

— In der heutigen Reichstagssitzung hat der Staatssekretär v. Boetticher auf eine Anfrage mitgetheilt, daß die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetze dem Bundesrath schon zugegangen sei. Dieselbe Mittheilung hat der Staatssekretär schon im Deutschen Landwirthschaftsrathe gemacht und er hat dabei zugleich ein paar Andeutungen über die Art der Reform des Gesetzes gemacht. Die Blätter berichten darüber in folgender Form: In der gestrigen Sitzung des Deutschen Landwirthschaftsraths, in der über den Unterstützungswohnsitz verhandelt wurde, erklärte der Minister v. Boetticher, daß der Bundesrath sich bereits mit der Korrektur des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes beschäftigt habe. Die preußische Regierung sowohl als die deutsche Reichsregierung seien bemüht gewesen, das Gesetz den politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen anzupassen, die Regierungen seien aber übereinstimmend der Meinung, daß das Prinzip des Gesetzes gewahrt werden solle. Betreffs des Erwerbes und Verlustes des Unterstützungswohnsitzes sei das 18. Lebensjahr gewählt worden; auch eine Bestimmung sei in das Gesetz aufgenommen worden, nach welcher derjenige, der seine Angehörigen ohne Unterstützung verläßt, in eine angemessene Polizeistrafe genommen werde. Die Frage sei noch nicht spruchreif, ob man bei der Unterstützungspflicht das in den Einzelstaaten geltende Heimathrecht auf das gesamte Reich, oder ob man den sonst im Reiche geltenden künftigen Unterstützungswohnsitz auf die Einzelstaaten ausdehnen wolle.

— Der neulich vom Seniorenkonvent des Reichs

Literatur.

„Kaspar Hauser, des Räthsels Lösung", betitelt sich eine unter dem Pseudonym Baron Alexander v. Artin bei Cäsar Schmidt in Zürich jüngst erschienene Schrift, welche jedoch im Wesentlichen nur in der Wiederholung älterer längst widerlegter Darstellungen und in dem Facsimile eines Kabinetserlasses des Höchstseligen Großherzogs Ludwig besteht, der sich angeblich auf das erste Erscheinen Hausers in Nürnberg beziehen soll. Eine sachverständige Vergleichung von Lage und Schriftzügen der verschiedenen Theile dieses Aktenstückes unter einander, sowie des Erlasses im Ganzen mit einer zahlreichen Reihe von Kabinetsschreiben aus der Regierungszeit jenes Großherzogs zeigt jedoch, ganz abgesehen von den Widersinnigkeiten in der inneren Anordnung und Satzgebung, deutlich, daß man es hier mit einer plumpen Verfälschung zu thun hat, welche neben sonstigen Abänderungen hauptsächlich darin besteht, daß in einem zur Danksagung dienenden Courtoisieschreiben dem Eingang und der Adresse ein ganz anderer Wortlaut gegeben wurde. Die außer dem höchsten Handzeichen stehen gebliebenen ächten Theile rühren von der Hand eines bis 1832 im Geheimen Kabinet thätig gewesenen Beamten her, während der andere Theil nicht damit übereinstimmt. Die Form der Ueberschrift und Adresse steht im Widerspruch mit der stets eingehaltenen Uebung. Insbesondere wurde an den Minister Frhrn. v. Berstett, dessen Witwe seinen ganzen handschriftlichen Nachlaß dem Ministerium des Auswärtigen übergab, nie in solcher Form geschrieben. Namentlich sind Briefe des Großherzogs Ludwig in vertraulichen Angelegenheiten an ihn stets durchweg eigenhändig.

Der verdiente Stadtarchivar zu Freiburg, Herr Hauptmann a. D. Poinsignon, hat ein von der dortigen städtischen Archivkommission herausgegebenes Werk: **„Geschichtliche Ortsbeschreibung der Stadt Freiburg i. Br."** bearbeitet, von welcher im Verlage der Fr. Wagner'schen Universitätsbuchhandlung in Freiburg der erste Theil (VIII u. 170 Seiten mit 2 Plänen) erschienen und zum Preise von 1 M. 50 Pf. zu kaufen ist. Eine sehr fleißige und in ihren Ergebnissen werthvolle Arbeit, die sich über die älteste Bauperiode, den französischen Festungsbau und die neuere Bauzeit verbreitet, von Bann und Gemarkung der Stadt handelt, die Friedhöfe, die Straßen und Plätze eingehend in ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung beschreibt. Nicht nur die Bewohner, auch die auswärtigen Freunde der schönen Dreisam-Stadt werden mit Vergnügen aus diesem Büchlein Belehrung schöpfen.

Von der **Geschichte von England** von Moritz Brosch — Bestandtheil der Heeren-Ukert-Giesebrecht'schen Sammlung — ist im Verlage von Friedrich Andreas Perthes in Gotha der siebente Band soeben erschienen. Derselbe behandelt die Zeit von der Thronbesteigung Jakobs I. bis zu der Entsetzung Jakobs II. und der Uebertragung der englischen Krone an Wilhelm von Oranien. Er umfaßt demnach eine Reihe der wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der Geschichte Großbritanniens: die Vereinigung von England und Schottland, die Gründung der Kolonien in Ostindien, den Bürgerkrieg und dessen Ende mit der Hinrichtung König Karls I., die Herrschaft Oliver Cromwells, die Restauration, die Regierung Karls II. und Jakobs II. und endlich die Erwerbung der englischen Krone durch Wilhelm von Oranien. Durch gründliche Forschung, anziehende Darstellung und objektives Urtheil zeichnet sich, wie seine Vorgänger, auch dieser Band des großen Unternehmens aus. Neben den politischen ist auch den Vorgängen im wirthschaftlichen und geistigen Leben des englischen Volkes gebührende Beachtung geschenkt. Das Werk sollte in keiner größeren Bibliothek fehlen.

Theologisches Hilfslexikon, bearbeitet unter Leitung der Redaktion von ‚Perthes' Handlexikon für evangelische Theologen'. Lief. 5 u. 6. Gotha, Friedr. Andr. Perthes, 1892. Preis: je 1 M.

Von den dreierlei Stücken der 5. Lieferung behalten wir uns die beiden ersten zu späterer ausführlicher Besprechung vor und beschränken uns für jetzt auf die Anzeige des mit dieser Lieferung beginnenden kirchengeschichtlichen Ortslexikons. Der vorliegende erste Bogen enthält 285 Titelköpfe, alles Namen von Orten, die kirchengeschichtlich irgendwie von Bedeutung geworden sind. Was das heißen will, mag eine Vergleichung mit Herzogs Realencyklopädie zeigen, die im gleichen Umfang (A—Antwerpen) weniger — wenn wir recht gezählt haben, 244 — Artikel aus dem Gesammtgebiet der Theologie enthält, als dieses kirchengeschichtliche Ortslexikon allein aus dem Gebiet der kirchengeschichtlichen Geographie. Die allgemein anerkannte überaus große Vollständigkeit von Perthes' Handlexikon wird also auch diesem Ortslexikon nachgerühmt werden müssen. Außer den kirchengeschichtlichen Notizen sind auch die wichtigeren Daten der allgemeinen Geschichte angegeben; durchgängig sind auch die kirchlichen Kunstschätze genannt. So dürfte auch für Historiker und Kunsthistoriker dieses Lexikon unentbehrlich werden. Sein Hauptzweck aber ist, den Vorbemerkungen zufolge, „zu ortskirchengeschichtlichen Studien anzuregen und für solche die ersten Hinweise zu bieten".

Die 6. Lieferung enthält drei weitere Bogen der chronologischen Tafel (die Jahre 1737–1812) und zwei weitere Bogen des kirchengeschichtlichen Ortslexikons (Antwerpen — Bologna). Die chronologische Tafel kommt mit dieser Lieferung in das 19. Jahrhundert. In dem das Werk ankündigenden Prospekte war das Jahr 1800 als Probe gegeben und hatte schon damals wegen seiner Reichhaltigkeit Aufsehen erregt. Zugleich war aber darauf aufmerksam gemacht, daß in Wirklichkeit die Tabelle noch um etwa ein Drittel ausführlicher sein werde. Thatsächlich bietet jetzt dies eine Jahr 59 Daten mehr als der Probedruck enthält. Namentlich sind die Angaben aus der allgemeinen Geschichte bedeutend erweitert, sodaß das Interesse an diesen chronologischen Tabellen weit über die theologischen Kreise hinausgeht. Vom kirchengeschichtlichen Ortslexikon liegen nunmehr der zweite und dritte Bogen vor; sie zeigen, daß hiermit ein Werk erscheint, wie wir es in dieser Vollständigkeit noch nicht besitzen. Um nur ein Beispiel zu geben: Bogen 2 enthält im Umfange von Antwerpen bis zum Schuß des Buchstabens A 120 Artikel (ungerechnet die Verweisungstitelköpfe), lediglich Namen von Orten, denen kirchengeschichtlich irgendwelche Bedeutung zukommt. Natürlich sind die Artikel dem Charakter des Werkes als Nachschlagebuch entsprechend kurz und stets nur ganz knapp. Aber in ihnen steckt eine Fülle von Stoff. Wir können nur empfehlen, sich das Werk einmal zur Ansicht vorlegen zu lassen und dann selbst zu urtheilen

tags gefaßte Beschluß, daß die Parteivorstände ihre Gesinnungsgenossen zu einem fleißigeren Besuch der Reichstagssitzungen auffordern sollen, hat keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die heutige Reichstagssitzung mußte wieder abgebrochen werden, da die Abgeordneten sich nicht in beschlußfähiger Anzahl eingefunden hatten. Der Präsident beraumte die nächste Sitzung auf Nachmittag um 4¾ Uhr an und in dieser Sitzung wurde die zweite Lesung des Etats beendigt. Ueber die von den Abgg. Menzer und v. Bar beantragten Resolutionen, die Erhöhung des Tabakszolles und die Auslieferungsverträge betreffend, wird bei der dritten Lesung des Etats abgestimmt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Präsident v. Levetzow richtete vor Schluß der Sitzung an alle Parteien die dringende Bitte, vollzähliger zu erscheinen, da der gegenwärtige Zustand die Führung der Geschäfte des Hauses unmöglich mache und das Ansehen des Reichstags herabsetze.

— Die Budgetkommission des Reichstags hat den Gesetzentwurf über die Unterstützung von Familien solcher Mannschaften, die zu Friedensübungen einberufen worden sind, auch in zweiter Lesung genehmigt. Der Paragraph der Vorlage ist dahin abgeändert, daß die Familien der Einberufenen auf Verlangen aus Reichsmitteln Unterstützung erhalten. Der Anspruch erlischt, wenn das Verlangen nicht binnen 4 Wochen angebracht wird. Nach § 2 darf der Gesammtbetrag der Unterstützung 60 Proz. des ortsüblichen Taglohnes nicht übersteigen.

— Das Checkgesetz kommt nicht unverändert an den Reichstag. In den Bundesrathsausschüssen, die das Gesetz vorberathen haben, ist verschiedenen von der Geschäftswelt beantragten Aenderungen Rechnung getragen. So soll eine einheitliche Präsentationsfrist angenommen sein. Der im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Entwurf bestimmt, daß der Platzcheck spätestens binnen drei, der an einem anderen Orte des Reichsgebiets zahlbare Check spätestens binnen fünf Tagen dem Bezogenen im Zahlungsorte zur Zahlung präsentirt werden müsse. Nunmehr soll die Präsentationsfrist gleichmäßig in maximo auf fünf Tage festgesetzt sein. Auch sollen die Bestimmungen über das Aufgebotsverfahren zum Zweck der Kraftloserklärung abhanden gekommener und vernichteter Checks erweitert sein. Darnach würde bei Einleitung des Aufgebotsverfahrens das Gericht auf Antrag des Berechtigten dem Bezogenen die Einlösung des Checks zu untersagen haben. Das Verbot soll gegen eine nach freiem Ermessen des Gerichts zu bestimmende Sicherheitsleistung des Antragstellers erlassen werden können, auch wenn der Verlust des Checks noch nicht glaubhaft gemacht ist. In diesem Falle soll zugleich dem Antragsteller zur Nachholung der Glaubhaftmachung eine Frist bestimmt werden, nach deren fruchtlosem Verlaufe das Verbot aufzuheben ist. Eine dem Verbote zuwider geschehene Einlösung des Checks soll dem Antragsteller gegenüber unwirksam sein. Ueber diese und andere Aenderungsvorschläge wird der Bundesrath sich schon in nächster Zeit im Plenum schlüssig machen, so daß für die Mitte des laufenden Monats die Einbringung des Checkgesetzentwurfs an den Reichstag zu erwarten steht.

— Das preußische Abgeordnetenhaus förderte heute die Berathung des Kultusetats beim Kapitel „Höhere Lehranstalten" weiter. Der polnische Abgeordnete Jazdzewski wünschte eine Trennung der polnischen von den deutschen Schülern in den unteren Klassen der Lehranstalten in der Provinz Posen. Der Kultusminister, Graf Zedlitz, erwiderte, eine Trennung der Polen und der Deutschen sei nicht zweckmäßig; viele polnische Schüler leisteten im deutschen Aufsatz das Beste.

— Die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses für das Volksschulgesetz erledigte heute Abend den § 51, der sich auf die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten bezieht. Der Paragraph wurde mit einem Antrag der Nationalliberalen, Freikonservativen und Freisinnigen angenommen, wonach die Verwaltung, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes, in den Gemeinden nach dem Gemeindeverfassungsgesetz, in den Schulverbänden nach den Vorschriften für kommunale Verbände, sonst nach der Landgemeindeordnung erfolgt.

— In der italienischen Deputirtenkammer beantwortete heute, wie ein Telegramm aus Rom berichtet, der Ministerpräsident, Marchese di Rudini, die Anfrage des Abg. Pugliese wegen der Schwierigkeiten, die der Einfuhr italienischer Weine nach Deutschland entgegenstehen. Er erklärte, infolge der von Italien unternommenen Schritte hätte die deutsche Regierung zugesagt, bei dem Bundesrathe Vorschläge zu machen, die geeignet seien, die Uebelstände zu beseitigen. Pugliese erklärte sich durch diese Antwort nicht zufrieden gestellt und kündigte an, er werde die Anfrage in eine Interpellation umwandeln.

— Dem Vernehmen nach wird demnächst an den Reichstag eine Forderung zur Erhöhung der Mittel für die Chikagoer Weltausstellung gelangen. Die „Berl. Polit. Nachr." berichten darüber: Die erste Forderung für diese Ausstellung war in dem 1 Nachtragsetat für 1891/92 im Betrage von 100 000 Mark enthalten. Die Gesammtkosten der Betheiligung des Reichs an der Ausstellung waren damals auf 1 000 000 Mark beziffert. Die 100 000 Mark wurden im Nachtragsetat verfügbar gemacht, um die einleitenden Schritte seitens des Reichs zur Organisation machen zu können. Im Etat für 1892/93, der im Reichstage noch nicht verabschiedet ist, werden sodann 900 000 Mark verlangt, um die Kosten für die Beschaffung der Dekorationsstücke, für den Transport und die Versicherung dieser sowie aller sonstigen im Interesse des Reichs nach der Ausstellung überzuführenden Gegenstände u. s. w. zu decken. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß der Betrag, namentlich in Rücksicht darauf, daß die Betheiligung an der Ausstellung gewachsen ist, nicht genügen wird. Es dürfte deßhalb in der Form eines Nachtragsetats eine Nachtragsforderung gestellt werden.

— Das Projekt einer Berliner Weltausstellung wird in der Stille möglichst gefördert. Wie erinnerlich sein wird, hat der Deutsche Handelstag in seiner letzten Plenarversammlung sich sehr warm für die Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin ausgesprochen. In Ausführung des gefaßten Beschlusses begab sich vor kurzem eine Deputation des Handelstages, bestehend aus dessen Vorsitzendem und dem Generalsekretär, zu dem Herrn Reichskanzler, um demselben die hierauf bezüglichen Verhandlungen der Plenarversammlung zu überreichen und etwa gewünschte weitere Auskunft zu geben. Der Reichskanzler unterhielt sich mit der Deputation sehr eingehend über die einschlägigen Verhältnisse, erörterte auch die dem Projekt entgegenstehenden Schwierigkeiten, nahm aber im Ganzen den Plan sehr wohlwollend auf. Ueber die späteren Entschließungen der Regierung mit einiger Bestimmtheit zu sprechen war der Reichskanzler nicht im Stande. Doch wurde als eine Voraussetzung für weitere Schritte die Nothwendigkeit erkannt, die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel vorzubereiten. Daß die Stadt Berlin zu den Kosten der Ausstellung einen erheblichen Beitrag würde beisteuern müssen, wurde dabei als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Deputation wurde demgemäß mit dem Anheimgeben entlassen, den Magistrat von Berlin zu veranlassen, möglichst bald mit bestimmt formulirten Anträgen an die Reichsregierung heranzutreten und in denselben auch den Betrag zu bezeichnen, welchen die Stadt für die Weltausstellung bewilligen wolle. Das Präsidium des Handelstages ist dieser Aufgabe in der Weise gerecht geworden, daß es dem Magistrat von dem Beschlusse der Plenarversammlung Kenntniß gegeben und demselben seine Bereitwilligkeit zu weiterer gemeinsamer Arbeit erklärt hat. Außerdem sind mehrere Magistratsmitglieder mit der Meinungsäußerung des Herrn Reichskanzlers bekannt gemacht worden. Erwähnt mag hier noch werden, daß bereits einige Bankhäuser zusammengetreten sind, welche es übernehmen wollen, die außer den von Stadt und Reich zu gewährenden Zuschüssen für die Weltausstellung erforderlichen Summen aufzubringen, ohne daß vorher ein sogenannter Garantiefonds gebildet werden müßte. Es wird also auch die Industrie zu einem solchen Garantiefonds — wie das früher wohl geschehen ist — nicht herangezogen werden.

Darmstadt, 10. März (Tel.) Das heute Vormittags um 7 Uhr ausgegebene Bulletin besagt, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog zeitweise wieder bei Bewußtsein und daß das Schlucken weniger beschwerlich ist, so daß etwas mehr flüssige Nahrung gegeben werden konnte. Die Lähmungserscheinungen dauern unverändert an.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. März. Für die bedürftigen Arbeitslosen gehen fortgesetzt reiche Geldspenden ein. Ihre Majestät die Kaiserin hat den Betrag von 2000 Gulden aus ihrer Privatkasse gesandt. Die Polizeidirektion hat sich aber veranlaßt gesehen, die Brodvertheilungen in der Form, wie sie bisher geübt wurden, zu untersagen. Dieses Verbot mag auf den ersten Anblick auffallend, ja hart erscheinen, erklärt sich aber aus den Uebelständen, die mit der bisherigen Art der Brodvertheilung verbunden waren. Man hatte insbesondere die Wahrnehmung gemacht, daß bei dem täglich größer werdenden Andrange zu diesen Vertheilungen es stets schwieriger wurde, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten, daß bereits Widersetzlichkeiten gegen die Organe der öffentlichen Sicherheit vorgekommen waren und daß durch diese Art der Vertheilung die körperliche Sicherheit von Personen, namentlich von Frauen und Kindern, im hohen Grade gefährdet worden ist. Auch befanden sich unter den täglich wachsenden Scharen der Unterstützung Suchenden viele, welche den empfangenen Brodlaib sofort in die Schnapsbude trugen und vertranken. In vielen Branntweinläden Wiens sah man alle Abende Hunderte solcher Brodlaibe aufgeschichtet, welche am nächsten Morgen wieder an die Komité's verkauft wurden, um abermals vertheilt und verkauft und am dritten Tag wieder für Zwecke der Wohlthätigkeit verwendet zu werden. Dieser Unfug war nicht länger zu dulden. Eine Kontrole der Brodempfänger stellte sich als unumgänglich nothwendig heraus. Bei den kommunalen Vertheilungsstellen — den einzelnen Bezirksämtern — ist eine solche Kontrole möglich. Der Zweck der Armenunterstützung wird dort voll erfüllt. Das Hilfskomité hatte übrigens in den letzten Tagen nur spärliche Gaben aus dem Publikum erhalten. Nun ist es aber geboten, alle Spenden an das Präsidium des Gemeinderathes oder die Vorsteher der einzelnen Bezirke gelangen zu lassen. Das Hilfskomité ersuchte heute den Ministerpräsidenten um Zurücknahme des Verbots der Brodvertheilung. Das Komité wurde an den Statthalter verwiesen, welcher das Verdienst des Komité's anerkannte, das Verbot aber für gerechtfertigt erklärte.

Frankreich.

Paris, 9. März. Die Parteigruppirung in der französischen Deputirtenkammer erfährt ein paar Veränderungen. Kürzlich ist eine „konstitutionelle Rechte" gebildet worden, eine Gruppe konservativer Abgeordneter, die sich auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen. Andererseits wollen die am weitesten nach links stehenden Fraktionen der Deputirtenkammer sich zusammenschließen. Etwa 30 Mitglieder dieser Fraktionen traten heute zu einer Berathung zusammen, in der die Herstellung einer „radikal-sozialistischen Gruppe" beschlossen wurde. Boulangisten sollen zu dieser Gruppe nicht zugelassen werden.

Serbien.

Belgrad, 9. März. Die Neubildung des serbischen Kabinets soll jetzt unmittelbar bevorstehen. Wie verlautet, empfiehlt der Radikale Klub folgende Ministerliste: Präsidium und Aeußeres Paschitsch, Inneres Tauschanowitsch, Justiz Mika Giorgiewitsch, Finanzen Wuitsch (welcher sich mit Tauschanowitsch versöhnt hat), öffentliche Bauten Pera Velimirovitsch, Krieg Jeorem Velimirovitsch, Kultus und Unterricht Andrei Nikolitsch (und falls derselbe nicht annimmt, Lazarovitsch oder Angrelovitsch). Die Ernennung des Kabinets wird noch heute erwartet. Nach dieser Liste würde der radikale Parteichef Paschitsch also an der Spitze der Regierung bleiben.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 10. März.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Flügeladjutanten Oberstlieutenants Müller und darnach des Finanzministers Dr. Ellstätter entgegen. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Majors Freiherrn von Lüdinghausen genannt Wolff und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

---

* (Der Zweiten Kammer der Landstände) sind eine Reihe von Budgetnachträgen zugegangen, darunter ein solcher, der den Zweck hat, den Uebelständen, welche in dem hiesigen Justiz- und Amtsgerichtsgebäude infolge Unzulänglichkeit der Diensträume bestehen, thunlichst abzuhelfen. Die Regierungsvorlage hebt in ihrer Begründung hervor, daß diese Uebelstände so erheblicher Art sind, daß rasche Abhilfe dringend geboten ist. Unter den Auskunftsmitteln für die Beschaffung weiterer Diensträume erscheint aus finanziellen und Zweckmäßigkeitsgründen die Einziehung der bisherigen Dienstwohnung des Oberlandesgerichtspräsidenten im Justizgebäude und Verwendung derselben zu Bureauräumlichkeiten als die zur Zeit empfehlenswertheste Maßregel. Um jedoch in der Lage zu sein, dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes, für welchen im Staatsvoranschlag eine Dienstwohnung vorgesehen ist, wieder eine solche zur Verfügung stellen zu können, ist die Justizverwaltung veranlaßt, eine Wohnung anderweit zu miethen. Zu diesem Zwecke ist eine Erhöhung des Budgets für „Miths- und Wasserzinse" um den jährlichen Betrag von 1800 M. erforderlich. Für das Jahr 1892 ist das Betreffniß für 8 Monate mit 1200 M. vorgesehen.

* (Für Reisebeihilfen zum Besuch der Chicagoer Ausstellung) fordert ein Nachtrag zum Spezialbudget des Großh. Ministeriums des Innern einen Betrag von 30 000 M. Nach der beigegebenen Begründung sollen an weniger leistungsfähige Ausstellergruppen Zuschüsse zu den Kosten der Beschickung der Ausstellung gewährt, auch soll solchen Sachverständigen, von welchen zu erwarten steht, daß die von ihnen gesammelten Erfahrungen dem Gewerbe und der Industrie des Landes in weiterer Ausdehnung zu Gute kommen werden, der Besuch der Ausstellung durch Reisebeihilfen erleichtert werden.

* (Herr Landtagsabgeordneter Friderich), der zweite Vicepräsident der Zweiten Kammer und Präsident der Budgetkommission, ist, wie Präsident Geh. Rath Dr. Lamey in der gestrigen Kammersitzung mittheilte, erkrankt und muß das Bett hüten.

* (Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterbevölkerung.) Aus dem kürzlich erschienenen Jahresbericht der Großh. Badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1891 heben wir im Folgenden zunächst eine allgemeine Betrachtung über die Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterbevölkerung hervor. Es heißt da:

„Während wohlwollende Fabrikanten und ein großer Theil der bürgerlichen Kreise überhaupt, welche den Interessen des Arbeiterstandes wohlwollend gegenüberstehen, sich mehr oder weniger der Ansicht zuneigen, daß auf dem Wege der Fürsorge nicht nur einzelne besonders in die Augen fallende Mängel beseitigt werden können, sondern daß auf diesem Wege die Arbeiter überhaupt auf eine wirthschaftlich und geistig höhere Stufe gehoben, und damit die sozialen Gegensätze wenigstens ihrer besonderen Schärfe beraubt werden können, verhalten sich die Arbeiterparteien, wenn auch nicht immer alle einzelnen Arbeiter, gegen Veranstaltungen dieser Art durchaus ablehnend. Gegen die erstgenannte Beurtheilung läßt sich allerdings einwenden, daß eine Gesellschaftsklasse so wenig wie der Einzelne lediglich durch das Empfangen von Wohlthaten auf eine höhere Stufe gehoben werden kann. Man kann daher den Arbeiterparteien darin nicht Unrecht geben, daß eine sichere und dauerhafte gesellschaftliche Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse sich in der Hauptsache nur durch ihre eigenen Anstrengungen erreichen lasse. Geradezu einwandfrei wird eine solche Betrachtungsweise dann, wenn sie von der Erkenntniß ausgeht, daß diese eigenen Anstrengungen auf der Grundlage einer erworbenen größeren Tüchtigkeit der Einzelnen nach den verschiedensten Richtungen sich aufzubauen habe, weil nur dann ein ruhiges und sicheres Vorwärtsschreiten verbürgt ist. Es ist erfreulich, daß eine solche Erkenntniß sich da und dort immer mehr Bahn zu brechen scheint. Unerfreulich dagegen ist der Ton und die Begründung, mit denen die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen seitens der anerkannten Vertreter der Arbeiterparteien so häufig beurtheilt werden. Sofern es sich dabei nicht nur um agitatorische Zwecke handelt, welche als solche dieses Verhalten wenigstens verständlich machen, würde diese unbedingte Ablehnung das Zeichen einer weitgehenden Einseitigkeit und des Mangels an vorurtheilsloser und damit richtiger Beurtheilung sein. Wenn auch die Wohlfahrtseinrichtungen aller Art nicht die ihnen mitunter zugeschriebene weitgehende Bedeutung haben, so sind sie doch ein nicht zu entbehrendes Erziehungs- und Vorbereitungsmittel für eine aufsteigende Klassenentwicklung der Arbeiter. Es ist gewiß nicht zu läugnen, daß jetzt und vielleicht noch auf lange Zeit hinaus großen Kreisen, namentlich der ungelernten Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage nach verschiedenen Richtungen gar nicht zu kommen würde, wenn sie lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen wären und wenn eine wohlwollende Fürsorge in dieser Beziehung nicht stattfände. Soweit eine solche Fürsorge bessere Ernährung betrifft, schafft sie für viele Arbeiter erst die elementarste Voraussetzung für sein eigenes Vorwärtsschreiten. Durch Schaffung von Arbeiterwohnungen, selbst wenn sie dem Geschäftsinteresse der Arbeitgeber ihre Entstehung verdanken, wird einem Theil der Arbeiter erst eine der Vorbedingungen für ein geordnetes Familienleben, und damit für die Sicherung wirklicher Kultur zugänglich gemacht. Daß dieser soziale Fortschritt in den den

Arbeitern zur Verfügung stehenden Miethwohnungen meist nicht möglich ist, ist zur Genüge bekannt. Konsumvereine erziehen die Arbeiter erst zu wirthschaftlicher Selbständigkeit, welche die unentbehrliche Grundlage jeder anderen Selbständigkeit ist. Zuschüsse aller Art und Pensionen haben zwar am meisten den Charakter der eigentlichen Wohltätigkeit, allein sie sind entfernt nicht von ähnlicher Wirkung auf den Einzelnen, wie z. B. Armenunterstützungen, auf welche er vielleicht in Ermangelung dieser Zuschüsse angewiesen wäre. Es geht dies schon daraus hervor, daß diese Zuschüsse, wo sie bestehen, sehr bald als etwas Selbstverständliches angesehen werden, und daß seitens der Arbeiter eine Art von Rechtsanspruch auf sie erhoben wird. Faßt man die Wirkung dieser Wohlfahrtseinrichtungen nicht nur auf die augenblicklichen Verhältnisse, sondern auch auf die künftige Entwickelung zusammen, so muß man sagen, daß sie den Arbeitern zum großen Theile erst die Bedürfnisse und die Gewohnheiten der Kultur vermitteln, indem sie in ihm an Stelle roher sinnlicher Genüsse bessere Bedürfnisse erst ausbilden, ohne die einerseits ein kultivirteres Leben nicht möglich ist, und die andererseits ohne die steten Fortschritte der Kultur überhaupt und ohne die durch die technischen Verbesserungen bewirkte Vermehrung der Produktion auf immer weitere Kreise der Bevölkerung gar nicht übertragen werden könnten. Nur die mit dem ganzen Kulturleben zusammenhängenden Bedürfnisse werden aber im Gegensatz zu den bloß sinnlichen Genüssen mit großer Zähigkeit festgehalten, weil gegen das Heruntersteigen auf niedrigere Kulturstufe bei jeder Gesellschaftsklasse der nachhaltigste und wirksamste Widerstand wachgerufen wird. Diese viel verleumdeten Wohlfahrtseinrichtungen befähigen daher in den meisten Fällen die Arbeiter erst, sich einen größeren Antheil an den Fortschritten der Kultur zu sichern und denselben festzuhalten. Wenn sie wirklich weiter nichts wären, als eine List des Kapitalismus, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, so könnte ein nur wenig über den Augenblick hinausschauendes Unternehmerthum zu diesem Zweck kaum ein verkehrteres Mittel ersinnen. Bei einem Theil der Unternehmer sind die geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen sicher aus der mehr oder weniger klaren Erkenntniß hervorgegangen, daß die aus der Aenderung aller Produktionsverhältnisse hervorgegangenen Schwierigkeiten der sozialen Zustände nur durch neue große Ideen überwunden werden können, welche die individuelle Thätigkeit zu ergänzen haben. Wenn auch diese Weiterentwickelung auch fernerhin nur durch die ganze Gesellschaft und den Staat vollzogen werden kann, so ist doch die nothwendige Vorbedingung derselben, daß diese Ideen erst bei einer großen Zahl Einzelner gereift sind. Die Einzelnen können aber ihrer Gesinnung nicht dadurch Ausdruck geben, daß sie allgemeine Normen schaffen, sondern sie sind auf persönliches Eingreifen über das Maß ihrer äußeren Pflichten hinaus, eben auf die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen angewiesen, wenn sie sich nicht mit bloßen Worten begnügen wollen, womit der Weiterentwickelung gewiß nicht gedient wäre."

* (Großherzogliches Hoftheater.) Die Vorstellungen des Karlsruher Hoftheaterpersonals im Stadtgarten-Theater finden auch in dem Jahresbericht der Badischen Fabrikinspektion für 1891 Erwähnung. Der Bericht spricht sich über den Zweck dieser Vorstellungen beifällig aus, indem er sagt: „Als bedeutsamer Schritt, um dem Bedürfniß nach besserer Unterhaltung und dem Bildungsbedürfniß der Arbeiter entgegenzukommen, muß es bezeichnet werden, daß das Großh. Hoftheater in Karlsruhe in diesem Winter in einem der Stadt gehörigen kleineren Theater Sonntag Nachmittags Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen veranstaltet. Wenn auch angenommen werden muß, daß man hierbei die gesammte Bevölkerung im Auge hatte, für die nur an Sonntagen solche Erholungen zugänglich sind, so kommt diese Veranstaltung doch thatsächlich der Arbeiterschaft in erster Reihe zugut. Mit derselben ist ein ganz neuer Weg nach der Richtung beschritten, daß man sich nicht damit begnügt, daß das Theater allen Klassen der Bevölkerung formell in gleichem Maße zugänglich ist, sondern daß man diejenigen Einrichtungen trifft, welche den unteren Klassen die Benützung wirklich erleichtern. Damit erkennt man das Bedürfniß an, Interessengebiete zu schaffen, welche allen Klassen gemeinsam sind, wodurch am besten einer zunehmenden Entfremdung derselben entgegengewirkt wird. Dieses einsichtsvolle Vorgehen bürgt auch dafür, daß man den eingeschlagenen Weg nicht verlassen wird, wenn sich herausstellen sollte, daß man bei dem ersten Griffe, wie dies fast unvermeidlich ist, nicht in allen Punkten das Richtige getroffen hat, und wenn der erhoffte Erfolg nicht sofort in vollem Maße eintritt. Das Wichtigste liegt in der eingeschlagenen Richtung, darin, daß man den Belehrungs- und Unterhaltungsstoff der besser situirten Klassen auch den ungünstiger gestellten Bevölkerungsklassen zugänglich macht."

* (Die vierte Vorspielübung des Konservatoriums für Musik) fand, ihrem Programm und der Ausführung desselben nach die vorausgegangenen Vorspiele überbietend, vor einem äußerst zahlreichen Auditorium am Dienstag Abend statt und es gelangten bei derselben folgende Kompositionen zur Wiedergabe: Konzert für Violine und Viola in Es-dur, I. Satz von Mozart, die Herren E. Dürr und M. Thiede. Präludium und Fuge in As-dur von Bach und „Am See" aus op. 89 von Kullak, Fräulein Emmy Regensburger. Arie der Elisabeth aus „Tannhäuser", gesungen von Fräulein Else Schoch. Sonatine in G-dur, I. Satz von Clementi, Hermann Bretschger. Tarantelle von Kargenoff, Erika v. Arnim. Albumblatt und Reiterstück von Schumann, Aileen Egremont. Ma barqua légère von Dussek, Amalie Junker. Trio in B-dur op. 11 II. und III. Satz von Beethoven, Fräulein A. Lang und die Herren Hoffmeister und Risch. Pregbiera von Stradella, gesungen von Fräulein E. Schoch. Sonate für Klavier und Violine in F-dur, I. Satz von Beethoven, Fräulein G. Herrmann und Herr E. Dürr. Sonate in C-dur, I. Satz von Mozart, Fräulein Anna Becker. Canzone und Sarabande für Violine von Bohm, Herr Carlos Stegmann. Romanze von Schulhoff, Fräulein W. Kesselheim.

* (Der Vortrag) des Fräulein Augspurg aus München über das Thema: „Warum wünschen wir Zulassung der Frau zum Universitätsstudium" wird am nächsten Samstag nicht, wie bisher angezeigt, um 7 Uhr, sondern nach einer uns vom Verein „Frauenbildungsreform" in Weimar zugegangenen Mittheilung erst um 8 Uhr seinen Anfang nehmen. Der Vortrag findet im Rathhaussaale statt.

* (Verein für jüdische Geschichte und Literatur.) Am Montag den 14. März, Abends 8 Uhr, hält im großen Rathhaussaale Herr Dr. R. Löwenfeld, Schriftsteller in Berlin, einen Vortrag über „Die Judenfrage in Rußland". Zu diesem Vortrage haben auch Nichtmitglieder freien Zutritt.

§* **Pforzheim**, 9. März. (Untersuchungslaboratorium. — Rathhausbau. — Temperatur.) Nach dem Jahresbericht des „Städtischen Untersuchungslaboratoriums" zur Prüfung von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen, sind hier in dem letztverflossenen Jahre etwa 700 Untersuchungen vorgenommen worden. Darunter waren 232 Proben von Nahrungs- und Genußmitteln der verschiedensten Art, ferner 78 Untersuchungen von Spielwaaren, Blechgeschirre, und Zuckerwaaren sowie glasirter und emaillirter Töpfe. Dazu kamen dann noch Gas- und Wasseranalysen und Untersuchungen verschiedener Art, nebst 275 Lichtmessungen. — In der letzten Bürgerausschußsitzung wurde zur Honorirung der drei Preisrichter über die Rathhauskonkurrenzpläne die Summe von 1200 Mark zur Verfügung gestellt. Auch wurde beschlossen, ein nicht prämiirtes Konkurrenzprojekt von Herrn Architekt H. Thüme in Dresden für die Summe von 500 M. käuflich zu erwerben. — Während den letzten 6 Tagen hatten wir hier bei klarem Himmel und Sonnenschein am Morgen Temperaturen von - 6 bis - 11°.

* **Baden**, 9. März. (Kaiserin Augusta-Denkmal.) Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin hatte, wie das „Bad. Wochenblatt" berichtet, die Gnade, Herrn Oberbürgermeister Gönner in Audienz zu empfangen, und sprach ihm in den huldvollsten Worten Höchstihren Dank für die Absicht der Stadtgemeinde Baden aus, ein Denkmal der Kaiserin Augusta zu errichten. Ihre Königliche Hoheit beauftragte den Oberbürgermeister, den Ausdruck dieses Dankes auch den städtischen Kollegien und der Einwohnerschaft zur Kenntniß zu bringen, mit dem Anfügen, daß die von der Stadt Baden kundgegebene treue Liebe und Verehrung für die hochselige Kaiserin Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin zur aufrichtigsten Freude gereiche.

Verschiedenes.

* **Berlin**, 9. März. (Frauen als Hörerinnen bei Universitätsvorlesungen.) Der „Reichs- und Preuß. Staatsanzeiger" enthält folgende, schon telegraphisch angekündigte, Mittheilung: „Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen Frauen weder als Studirende aufgenommen noch als Gasthörerinnen zu den Vorlesungen zugelassen werden. Es ist in Frage gekommen, ob und inwieweit eine Aenderung dieser Bestimmungen rathsam erscheint. Der Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten hat deßhalb die Universitätskuratoren ersucht, sowohl die akademischen Senate wie die einzelnen Fakultäten über diese Frage zu hören und ihm deren Berichte mit eigenen gutachtlichen Aeußerungen alsbald einzureichen."

W. **Bremen**, 9. März. (Der englische Dampfer „Invertros") ist auf der Fahrt von Philadelphia nach Kalkutta im Atlantischen Ozean untergegangen. Der Dampfer war ein neues viermastiges Stahlschiff von 2:00 Tonnen. Bei dem Schiffsuntergange sind 14 Personen von der Mannschaft ertrunken, während 26 gerettet wurden.

A.St. **Rom**, 8. März. (Ein Zwischenfall im Parlament.) Nach Beginn der heutigen Kammersitzung wurde von der Galerie eine Papierrolle in den Sitzungssaal geworfen. Ein Deputirter hob die Rolle auf und übergab sie dem Vorsitzenden, während Diener den Thäter festhielten, der sich Capitelli nannte und angab, er sei 32 Jahre alt, aus Rom gebürtig und Dekorationsmaler; die Rolle enthalte eine Bittschrift um Unterstützung. Capitelli wurde der Polizei übergeben. (Dieses Manöver, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, ist übrigens nicht neu. Capitelli hat sich für seine Demonstration eine Sitzung ausgesucht, die von Parlamentsmitgliedern und vom Publikum besonders stark besucht war, denn es begann heute die finanzpolitische Debatte.)

H. **London**, 9. März. (Ein historisches Schiff.) Der „Belleropbon", auf dem Napoleon I. bei seiner Landung in Plymouth gefangen genommen wurde, ist von der englischen Regierung an die Schiffswerft in Portsmouth verkauft worden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 10. März. Wie der „Reichsanzeiger" meldet, ist Seine Majestät der Kaiser durch eine leichte Erkältung genöthigt, das Bett zu hüten. Der Monarch nahm heute keine Vorträge entgegen.

Berlin, 10. März. Die „Vossische Zeitung" nennt für den Fall, daß Herr v. Bennigsen als Oberpräsident von Hannover zurücktritt, als eventuellen Nachfolger den Regierungspräsidenten von Lüneburg, Abg. v. Colmar-Meyenburg. (Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat von einem bevorstehenden Rücktritte Bennigsens als einem Gerücht gesprochen, das bisher von keiner berechtigten Seite beglaubigt oder bestritten worden sei. Die Münchener „Allg. Ztg." bezeichnet es als unrichtig, daß Herr v. Bennigsen ein Entlassungsgesuch eingereicht habe.)

Berlin, 10. März. Laut einer Mittheilung der „Vossischen Zeitung" hat der Herzog von Cumberland den staatsrechtlichen Zustand Deutschlands anerkannt; infolge dessen werde ihm der Welfenfonds vorbehaltlich der zweifellosen Genehmigung des Landtags übermittelt werden.

Berlin, 10. März. Die Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses nahm den Antrag des Abg. v. Erffa an, 300 000 Mark als erste Rate für einmaligen Zuschuß von 10 Millionen Mark für den Neubau des Berliner Domes zu bewilligen. Dem Antrag wurde jedoch die Resolution beigefügt, daß weitere Anforderungen aus Staatsmitteln nicht gestellt werden sollen. Der Kultusminister Graf Zedlitz hatte sich damit einverstanden erklärt. Der Finanzminister Miquel erklärte, Bauherr sei das Hausministerium.

Darmstadt, 10. März. Ein heute Mittag um 12 Uhr ausgegebenes Bulletin besagt, daß bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog eine geringe Besserung des Bewußtseins, der Athmung und des Schluckens unverkennbar ist; im Uebrigen ist der Zustand unverändert. Geheimerath Kußmaul, der heute Vormittag hier eingetroffen war, hat dieses Bulletin mitunterzeichnet und ist dann wieder abgereist.

München, 10. März. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer erklärte der Kultusminister, eine definitive Gehaltsregulirung der bayrischen Pfarrer könne erst dem nächsten Landtage vorgelegt werden. Die Bischöfe wünschen eine Erhöhung des Dotationskapitals, während die Regierung für eine Gehaltsskala und Alterszulagen sei. Für die Rheinpfalz seien die größeren Pfarreien höher zu dotiren. Die provisorischen Zulagen seien ungenügend. Der nächste Landtag werde statt dessen ein Definitivum zu schaffen haben. 100 000 M. für die Gesammtaufbesserungszulagen würden absolut nicht zureichen. Für die Ludwigshafener Dreifaltigkeitspfarrei wurde ein weiterer Kaplan bewilligt. Reichsrath v. Poschinger schlägt vor, einen Theil der bayrischen Staatsschuld in ein Lotterieanlehen umzuwandeln, da eine andere Konvertirung der Staatsschuld unmöglich sei.

Pest, 10. März. Die Abgeordneten beschlossen in geheimer Sitzung, zu Gunsten der Nothleidenden in Oberungarn auf die Diäten eines Tages zu verzichten.

Washington, 10. März. Dem Senat ist die Korrespondenz zwischen England und den Unionsstaaten bezüglich der Fischerei im Behringsmeer zugegangen. Aus den Schriftstücken ergibt sich, daß der englische Premierminister Lord Salisbury die Ansicht aufrecht erhält, eine Erneuerung des modus vivendi sei unnütz, weil der Fischerei keine Gefahr drohe; der amerikanische Staatssekretär Blaine erwiderte, in jedem Falle werde Amerika seine Rechte während der nächsten Fischereisaison vertheidigen. (Die amerikanische Regierung fordert die Erneuerung des modus vivendi. Es handelt sich dabei um die Abmachung, welche die beiden Regierungen im vorigen Jahr festgestellt haben. Die Amerikaner wollen einfache Erneuerung des Abkommens für das laufende Jahr, während Lord Salisbury vorgeschlagen hat, während der bevorstehenden Saison nicht nur das gesammte Behringsmeer außerhalb einer 30 Meilen-Zone bei den Pribyloff Inseln allen Robbenfängern ohne Unterschied zu eröffnen, sondern auch den Fang innerhalb der Zone auf 30000 Robben zu beschränken. In Washingtoner Regierungskreisen hält man diesen Vorschlag für völlig unannehmbar.)

Chicago, 10. März. Ein furchtbarer Schneesturm wüthet auf der ganzen Strecke vom Michigan-See bis Montana. Die Berichte über den angerichteten Schaden sind noch unvollständig, doch wird von allen Seiten Zerstörung des Eigenthums und Verlust von Menschenleben gemeldet. Der Telegraphendienst ist gestört.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 11. März. 6. Vorst. außer Ab. Zweites Gastspiel des Herrn Francesco d'Andrade: **„Don Juan"**, große Oper in 2 Aufzügen, mit den dazu komponirten Recitativen, von W. A. Mozart. Don Juan: Herr d'Andrade als Gast. Anfang ½7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 8. März. Elisabethe Karoline, V: Philipp Vollmer, Schreiner. — 9. März. Margarethe Emilie, V.: August Hörnle, Schreiner.

Eheaufgebote. 8. März. Wilhelm Windecker von Worms, Spediteur hier, mit Sophie Stiefvater von Offenburg. — Franziskus Mayer von Unterwangen, Bierbrauer hier, mit Elisabethe Siegmann von Kälbertshausen. — Wilhelm Dill von Durlach, Barbier hier, mit Emilie Braunert von hier.

Eheschließungen. 10. März. Dr. Karl Sartori von Wien, prakt. Arzt in Rothweil, mit Maria Armbruster von Offenburg. — Karl Beck von Dühren, Sattler hier, mit Katharina Litterer von Dühren. — Christof Britsch von Stein, Schuhmacher in Hagsfeld, mit Katharina Gesell von Bretten.

Todesfälle. 9. März. Karl Hiß, ledig, Billeteur, 57 J. — Florentine, Ehefrau des Schuhmachers Josef Mellert, 53 J. — Anton Pfau, Ehemann, Maler und Tüncher, 47 J. — 10. März. Michael Müller, Wittwer, Kohlenhändler, 70 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
9 Nachts 9 U	740.0	+0.9	4.1	82	SW	klar
10. Mrgs. 7 U [1])	736 5	+0 2	4.0	87	SE	bedeckt
10 Mittgs. 2 U	739.8	+1.3	3.8	76	W	"

[1]) Schnee.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 10. März, Mrgs., 3.73 m, gefallen 3 cm.

Uebersicht der Witterung vom 10. März. Ein tiefes barometrisches Minimum liegt über Nordengland, einen Ausläufer südwärts nach den Alpen entsendend, welch' letzterer schwache südwestliche und südöstliche Winde über Deutschland veranlaßt, so daß die oceanische Luft zu unsern Gegenden noch keinen Zutritt hat. Das Wetter ist in Deutschland vorwiegend trübe und durchschnittlich wärmer, in den westlichen und centralen Gebietstheilen herrscht nur noch leichter Frost, in den südwestlichen Thauwetter; stellenweise haben in Deutschland leichte Schneefälle stattgefunden. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 10. März 1892.

Staatspapiere.		Dresdener Bank	122.50
3% D. Reichsanleihe	84.85	Länderbank	173.—
4% dto.	106 75	**Bahnaktien.**	
4% Preuß. Konsol	106 50	Schweiz. Nordostbahn	107.60
4% Baden in fl.	102 3)	Lombarden	73⅛
4% „ M.	104.55	Galizier	—.—
Oesterr. Goldrente	95.10	Elbthal	179½
Silberrente	80.70	Hess. Ludwigsbahn	111 40
4% Ungar. Goldrente	92 80	Gotthard	135.40
1880r Russen	93 10	**Wechsel und Sorten.**	
II. Orientanleihe	65 40	Wechsel a. Amsterd	168.80
Italiener comptant	84 60	„ „ London	20 41
Egypter	96 60	„ „ Paris	8 97
Spanier	59 70	„ „ Wien	171 8-
Zoll-Türken	87 50	Napoleonsd'or	16 20
5% Serben	73 50	Privatdiskonto	1⅞
Banken.		Badische Zuckerfabrik	58 70
Kreditaktien	263½	**Nachbörse.**	
Diskonto-Kommandit	178.90	Kreditaktien	263.—
Basler Bankverein	121.	Diskonto-Kommandit	178 90
Darmstädter Bank	124 50	Staatsbahn	245⅛
Handelsgesellschaft	121 60	Lombarden	73⅝
Deutsche Bank	158.70	Tendenz: still.	

Berlin.	
Oesterr. Kreditaktien	169 60
„ Staatsbahn	122 70
Lombarden	49 40
Diskonto-Kommand.	178 90
Marienburger	56 20
Dortmunder	53 50
Laurahütte	101.60
Tendenz: —.	
Wien.	
Kreditaktien	307 75
Marknoten	58 25
Ungarn	107 60
Staatsbahn	281 23
Tendenz: ruhig.	
Paris.	
3% Rente	96 95
Spanier	59½
Türken	19 35
Ottomane	589.—

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe

Braut-Seidenstoffe schwarz, weiß, crême ꝛc. — v. 65 Pfge. bis Mk. 22.85 — glatte und Damaste ꝛc. (ca. 300 versch. Qual. u. Dispos.) versendet roben- u. stückweise porto- und zollfrei das Fabrik-Depôt **G. Henneberg** (K. u. K. Hoflief.) **Zürich.** Muster umgehend. Doppeltes Briefporto nach der Schweiz.

Hamburger Engros-Lager

167 Kaiserstrasse 167 Karlsruhe R 909.1.

Wieder-Eröffnung Mitte März!

Bekanntmachung.

Die Ausfolgung weiterer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der Großh. Bad 4p.oc. Eisenbahnanlehen von 1862 und 1864 betr.

Zu den noch nicht gekündigten Schuldverschreibungen der 4-procentigen Badischen Eisenbahnanleben von 1862 64, deren dritte Zinsscheinreihe auf 1. April l. J. zu Ende geht, werden für die Zeit vom 1. April 1892 bis dahin 1902 weitere Zinsscheine nebst Talons ausgefolgt.

Die Besitzer fraglicher Schuldverschreibungen können die neuen Zinsscheine gegen Rückgabe der mit der dritten Zinsscheinreihe ausgegebenen Talons unter Beifügung eines nach Litera und Nummern geordneten Verzeichnisses vom 1. März 1892 ab sowohl bei unterzeichneter Kasse, als auch durch Vermittlung des Großh. Hauptzollamtes Mannheim, der Großh. Hauptsteuerämter, Obereinnehmereien, Domänenverwaltungen und Salineverwaltungen, sowie der Herren **M. A. von Rothschild & Söhne** und der Herren **Johann Goll & Söhne** in **Frankfurt a. M.** beziehen.

Die Ausgabe der Zinsscheine bei **diesseitiger** Stelle erfolgt während der üblichen Geschäftsstunden Zug um Zug. Dagegen werden die obengenannten **vermittelnden** Staatsverrechnungen und Bankhäuser jeweils über die bei ihnen eingereichten Talons dem Ueberbringer Quittung ausstellen; die Verabfolgung der betreffenden Zinsbogen wird durch dieselben Stellen längstens nach Umlauf **eines** Monats gegen Rückgabe der mit Empfangsbescheinigung zu versehenden Quittungen geschehen.

Auswärtigen Besitzern werden auf ihre Gefahr und Kosten die den **frankirt** einzusendenden Talons entsprechenden Zinsbogen unter voller Werthangabe — sofern eine andere Werthbezeichnung nicht ausdrücklich verlangt wird — durch die Post zugeschickt werden.

Zur Vereinfachung und Beschleunigung des Abgabegeschäftes wollen die Besitzer gedachter Schuldverschreibungen die Talons gleichzeitig bei Einlösung des laufenden Zinsscheins abgeben. Sollte ein Talon abhanden gekommen sein, so ist, wenn noch nicht geschehen, die unterzeichnete Kasse alsbald unter Vorlage der betreffenden Schuldverschreibung davon in Kenntniß zu setzen, worauf der neue Zinsbogen an den Besitzer der letzteren verabfolgt werden wird.

Karlsruhe, den 22. Februar 1892.

Großh. Badische Eisenbahnschuldentilgungskasse.
Helm. R·552.2.

Bekanntmachung.

Zufolge Aufgabe meines Leinen-Waaren-Detail-Geschäftes nahm ich Veranlassung, das von mir seit 30 Jahren mit demselben vereint betriebene

Leibwäsche- und Ausstattungsgeschäft

auf Grund freundschaftlicher Uebereinkunft unterm Heutigen der Firma

J. Stüber, Grossh. Hoflieferant,

*zu übertragen, wovon ich meine verehrlichen Kunden ergebenst benachrichtige mit dem Ausdruck verbindlichsten Dankes für das mir seit langen Jahren gewidmete Vertrauen und der Bitte, letzteres nunmehr auf die Firma **J. Stüber** übertragen zu wollen.*

Karlsruhe, 1. März 1892.

Emil Lembke,
Grossherzoglicher Hoflieferant.

Auf Vorstehendes höflichst bezugnehmend, beehre ich mich anzuzeigen, dass ich nunmehr auch die Herstellung

fertiger Leibwäsche jeder Art

*nach dem vorzüglich bewährten System des Herrn Hoflieferanten **Lembke** aufgenommen habe.*

Gleichzeitig lade ich zum Besuch meiner grossen

Ausstellung von Betten aller Preislagen und Schlafzimmereinrichtungen

ergebenst ein. R.856.2.

Karlsruhe, 1. März 1892.

Betten-Fabrik und Ausstattungsgeschäft
J. Stüber,
Grossherzoglicher Hoflieferant.

Samstag, 12. März, Abends 8 Uhr, im Rathhaussaal:

Vortrag des Frl. Augspurg aus München:

Warum wünschen wir Zulassung der Frau zum Universitätsstudium?

Eintrittskarten (1. Platz 1 Mk., 2. Platz 50 Pf.) in der **Doert**'schen Musikalienhandlung und Abends an der Kasse. R 859.3

Aufforderung.

Von der **Elias-Hayum-Stiftung** dahier wird eine Heirathsaussteuer von 857 Mk. 14 Pfg. für das Jahr 1892 vergeben. R·934.1.

Zur Concurrenz sind berechtigt:

1. Mädchen aus direkter Abstammung von dem Stifter,
2. Töchter der an der Stiftung angestellten Beter,
3. Vaterlose Töchter aus der hiesigen israelitischen Gemeinde.

Anmeldungen sind unter Vorlage der Zeugnisse bis zum **15. Juni d. Js.** an die unterzeichnete Verwaltung zu richten.

Mannheim, 8. März 1892.

Die Verwaltung der Elias-Hayum-Stiftung.

Bekanntmachung.

Heirathsaussteuer aus der **Koppel-Levi-Stiftung** in **Mannheim** betr.

Aus der **Koppel-Levi-Stiftung** ist eine Heirathsaussteuer von **700 M.** an Verwandte des Stifters zu vergeben.

Die Bewerbungsgesuche sind unter Nachweis des Verwandtschaftsgrades mit dem Stifter nebst Geburts-, Leumunds- und Bedürftigkeitszeugnissen bis **30. April d. J.** anher zu richten.

Mannheim, 25. Januar 1892.

Die Verrechnung der Koppel-Levi-Stiftung.
Dr. Fürst, Rabbiner. Q.967.3

Hôtel National

KARLSRUHE

— gegenüber dem Hauptbahnhof —

mit **Café-Restaurant.**

Comfortable Zimmer. Bescheidene Preise.

Münchener Bier-Ausschank.

R·950.1. **C. Leicht.**

Accept-Credit

resp. Austausch in mäßiger Höhe von streng solider Firma gesucht. Offerten sub **K. 6513 a.** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Karlsruhe.** R·952



Neues Bau- u. Isolir Material für Zwischendecken, leichte Wände, Baracken, Sheddächer 2c. Zwischendecken auf Drahtgespinnst nach System **Dr. Katz.** R·469.6. Alleinverkauf:

Robert Elsaesser, Mannheim.

D. W. Windecker

14 Akademiestraße 14, **Karlsruhe.**

Verpackung von Fracht u. Umzugsgut, Transport von Mobilien, Gütern und Spedition nach allen Orten. Aufbewahrung in hellen, trockenen Räumen. **Specialgeschäft**, gegründet 1884. Ausführung von Uebersiedelungen von Ort zu Ort mit Möbelwagen per **Schiff** und **Eisenbahn ohne Umladung.** — Solide Preise. Reelle Bedienung. Volle Garantie. Referenzen von hohen und höchsten Herrschaften. Q 518.10

An der Kgl. thierärztlichen Hochschule in München

beginnt das nächste Sommersemester am **19. April 1892.**

Nähere Aufschlüsse sind auf Antrag durch das Sekretariat der genannten Hochschule zu erlangen.

Der derz. Direktor:
Königl. Hofrath **C. Hahn.** R·911.

Tuch-Abtheilung.

(Kaiserstrasse 82 a, Eingang Lammstrasse.)

Grösstes Lager bester Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

Wilhelm Wolf jun.

R·698.4.

R·933.1.

Reelles Heiraths-Gesuch.

Ein Privatier, Witwer im Alter von 65 Jahren, ev., sucht eine gemüthliche Lebensgefährtin, entweder Mädchen oder Witwe ohne Kinder mit Vermögen von 40 mille Mk. — Gefl. Anfragen unter **L. 5800** befördert **Rudolf Mosse, Annoncenexpedition, Stuttgart.**

Das **Zahn-Atelier** von

Karl Petry

befindet sich R.288 3

Ludwigsplatz 6l, eine Stiege hoch (Krokodil).

3 per ½ Kilo No. 919 feinster **Souchong** **Mk.** Carl Schaller, Erbprinzenstrasse 38

R795.3

Bürgerliche Rechtspflege.

Aufgebot.

R·923.1. Nr. 5883. Waldshut. Das Großh. Amtsgericht hier hat unterm Heutigen folgendes

Aufgebot

erlassen:

Johann Baptist Lauber jung von Luttingen besitzt auf Gemarkung Schachen nachbeschriebene Liegenschaften, über deren Erwerb sich ein Eintrag im Grundbuch nicht vorfindet, und zwar:

1. circa 6 Viertling Wald in der Mühlehalden, neben dem Antragsteller u. Karl Huber von Schachen;
2. ca. 2 Viertling Wald in den gemeinen Tändlenen, neben Meinrad Mutter Witwe von Schachen und Nikolaus Knab von Albert.

Auf Antrag des Obigen werden nun alle Diejenigen, welche an den bezeichneten Grundstücken in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Familien- oder Stammgutsverbande beruhende Rechte haben, aufgefordert, solche in dem auf

Mittwoch den 27. April 1892, Vormittags 10 Uhr,

bestimmten Aufgebotstermine geltend zu machen, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt würden.

Waldshut, den 3. März 1892.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mohr.

Bekanntmachung.

R·914. Nr. 1690. Kehl. Anläßlich des Konkursverfahrens über das Vermögen des Fabrikanten Friedrich Walter in Stadt Kehl hat mit Bezug auf § 40 des bad. Einf. Gesetzes zu den R.J.G. Großh. Amtsgericht Kehl unterm Heutigen erkannt:

Die Ehefrau des Gemeinschuldners Friedrich Walter, Marie, geb. Durain, wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern und in eigene Verwaltung zu nehmen, unter Verfällung des letzteren in die Kosten.

Kehl, den 3. März 1892.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Kopf.

R·913. Nr. 1691. Kehl. Anläßlich des Konkursverfahrens über das Vermögen des Kaufmanns Emil Durain in Dorf Kehl hat mit Bezug auf § 40 des bad. Einführungsgesetzes zu den R.J.Ges. Großh. Amtsgericht Kehl unterm Heutigen erkannt:

Die Ehefrau des Gemeinschuldners Emil Durain, Lina, geb. Ehrmann, wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern und in eigene Verwaltung zu nehmen, unter Verfällung des letzteren in die Kosten.

Kehl, den 3. März 1892.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Kopf.

Entmündigung.

R·812. Nr. 1839. Wertheim. Albert Freyrich von Külsheim, geboren daselbst am 30. April 1870, wurde wegen Geisteskrankheit am 24. November 1891 entmündigt. Zum Vormund ist Landwirth Alois Düll von Külsheim bestellt worden.

Wertheim, den 1. März 1892.

Großh. bad. Amtsgericht.
Volkert.

Erbvorladungen.

R.880 Neckarbischofsheim. Johann Jakob Frey und M. A. Andres Ehefrau, Maria Anna, geb. Frey von Mannheim, Reinhold Frey, Moritz Frey und Pauline Frey von Oberimpern und Georg Schenk von da, deren derzeitiger Aufenthaltsort hier nicht ermittelt werden kann, sind zur Erbschaft ihrer auf dem Helmhof verstorbenen Tante, der Landwirth Johannes Knapp Ehefrau, Margaretha, geb. Frey, mitberufen. Dieselben werden aufgefordert, behufs Beizugs zu den Verlassenschaftsverhandlungen binnen

zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Notar sich zu melden.

Neckarbischofsheim, 6. März 1892.

Der Großh. Notar:
Breunig.

R.851. Waldkirch. Katharina Thürer, geboren den 9. Mai 1849, eheliche Tochter des † Webers Johann Thürer von Ruith, Amts Bretten, und der † Elisabetha Maier, ist mit ihren Geschwistern zur Erbschaft ihres am 8. Februar d. J. zu Kollnau verstorbenen Bruders Friedrich Thürer, Krämer daselbst, gesetzlich berufen. Diese Erbberechtigte wird vermißt, sie wird deshalb aufgefordert, innerhalb

zwei Monaten

ihren Aufenthaltsort dahier anzuzeigen, damit sie zu den Theilungsverhandlungen beigezogen werden kann.

Waldkirch, den 4. März 1892.

Großh. Notar:
F. Zimmermann.

Handelsregistereinträge.

R 783. Nr. 1895. Schönau. Zu Ordn.Z. 60 des Gesellschaftsregisters, „Firma Gebrüder Kirner in Todtnau", wurde heute eingetragen:

Buchhalter Karl Schlimbach in Todtnau ist zum Prokuristen bestellt.

Schönau i. W., 24. Februar 1892.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schopf.

R·811. Nr. 4392. Lörrach. Zu Ord.Z. 1 des Genossenschaftsregisters — Vorschußbank Lörrach, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht — wurde eingetragen:

Stellvertretendes Vorstandsmitglied ist jetzt statt des verstorbenen Kronenwirths Pflüger Privatier Georg Schuppach in Lörrach.

Lörrach, den 3. März 1892.

Großh. bad. Amtsgericht.
Nüßle.

Zwangsversteigerung.

R 909. Kehl.

II. Versteigerung.



Samstag den 26. d. M., Nachm. 2 Uhr, wird im Rathhause dahier in Folge richterlicher Verfügung die nachbeschriebene, zur Konkursmasse des Joh. Georg Fuchs von Germersheim gehörige Liegenschaft einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag dem höchsten Gebote ertheilt wird, auch wenn solches den Schätzungspreis nicht erreicht.

Lagerb. Nr. 191.

9 Ar 32 □M. Hofraithe und Hausgarten im Stadtetter zu Kehl mit folgenden Gebäuden:

Haus Nr. 30 in der Hauptstraße,
a. Wohnhaus mit Kaufladen, 2stöck.,
b. Magazin mit Wohnung, Stall u. Schopf, 2stöckig,
c. zwei weitere Magazine,
d. Abtritt, Waschküche und Gang, 2stöckig,

taxirt zu . . . . . 40,000 M.

Kehl, den 2. März 1892.

Der Vollstreckungsbeamte:
Großh. Notar:
Hitzig.

Ladung.

R 818.3. Nr. 2722. Müllheim. Der in Kassel geborene, zuletzt in Hügelheim wohnhafte 29 Jahre alte Schneider August Wagner wird beschuldigt, als Ersatzreservist ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs, §§ 8, 11, 19 des K.G. vom 11. Februar 1888.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hierselbst auf

Montag den 9. Mai 1892, Vormittags 9 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht Müllheim zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Lörrach ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Müllheim, den 3. März 1892.

Adler,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

R 940. **Karlsruhe.** Anton Ruhe zu Karlsruhe hat um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen des, am 7. April 1872 in Karlsruhe geborenen Karl August Stark in „Ruhe" umändern zu dürfen.

Etwaige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen drei Wochen dahier einzureichen.

Karlsruhe, den 5. März 1892.

Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Nokk.
J. Hildenbrand.

R.939. **Karlsruhe.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Der sog. Saison-Ausnahmetarif für den Transport von Pflaumen (gedörrten), Pflaumenmus u. s. w. von südlichen Stationen der ungarischen Staatsbahn nach den Umschlagsplätzen Mannheim u. s. w. vom 22. Oktober 1887 tritt am 1. Mai l. J. außer Kraft.

Karlsruhe, den 9. März 1892.

Generaldirektion.

R·725.3. **Karlsruhe.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben die Lieferung von **600 Tonnen gußeiserner Bremsklötze** zu verdingen.

Angebote hierauf sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift „Bremsklötze" versehen längstens bis

Montag den 14. März d. J., Vormittags 11 Uhr,

bei uns einzureichen.

Angebotsformulare und Bedingungen werden auf portofreie Anfragen von uns abgegeben.

Die Zuschlagsfrist ist auf den 4. April d. J. festgesetzt.

Karlsruhe, den 29. Februar 1892.

Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

R.941. Nr. 211. **Baden.**

Bekanntmachung.

Aus den Erträgnissen der Graf Bose-Stiftung können im Jahre 1892 einige arme Kranke, die weder von einer Gemeinde noch von irgend einem sonstigen Fond oder einer Behörde unterstützt werden, auf die Dauer von 4 bis 6 Wochen zu Badekuren in das **Landesbad** dahier aufgenommen werden, wobei jedoch hilfsbedürftige Angehörige aus dem Großherzog hum Baden und aus Elsaß Lothringen vorzugsweise Anspruch auf Berücksichtigung haben. Aufnahmegesuche mit den erforderlichen Beurkundungen über Vermögens-, Erwerbs- und Familienverhältnisse, sowie einem verschlossenen ärztlichen Zeugnisse sind **spatestens bis zum 1. April d. J.** bei der Großh. Badanstaltenkommission in Baden einzureichen.

Baden, den 1. März 1892.

Großh. bad. Bezirksamt.
Badanstaltenkommission: Richard.

R.855.2. Nr. 402. **Furtwangen.**

Großh. Badische Uhrmacherschule.

Auf **1. Mai d. J.** ist an diesseitiger Anstalt die Stelle eines **technischen Assistenten** für den theoretischen Unterricht mit einem Anfangsgehalt von M. 1800 zu besetzen. Reflektanten aus der Reihe der Uhrmacher oder Elektromechaniker müssen im konstruktiven Zeichnen bewandert sein und den Unterricht in Arithmetik und Geometrie, sowie in der Buchhaltung und Wechsellehre ertheilen können.

Anerbieten, mit Zeugnissen begleitet, sind bis zum **20. d. M.** an den Unterzeichneten einzureichen.

Furtwangen, den 1. März 1892.

Der Schulvorstand.
Hubbuch.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage).